

Der 17. Juni 1953 - der direkte Versuch des Imperialismus, von Westberlin aus die DDR zu annektieren

Schon seit Wochen bereiten sich eine Vielzahl von staatlichen und eng mit staatlichen Organen verbundene Einrichtungen und Institutionen zur „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ mit ihren hörigen Massenmedien darauf vor, dem Antikommunismus und der Delegitimierung der DDR in Erinnerung an den 17. Juni 1953 neue Resonanz zu verleihen.

In Fortführung des damals von den Westalliierten unterstützten Bonner Alleinvertretungsanspruchs, der eine permanente Aggressionsabsicht gegen die DDR beinhaltet, soll die DDR weiterhin als Unrechtsstaat gebrandmarkt und ihre weltweite rechtliche Anerkennung als souveräner Staat verleumdet werden.

Der Beschluß der Bundesregierung vom 9. Juni 2013 zur sogenannten „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ zielt darauf ab, mit Geschichtslügen und der Verbreitung von Halbwahrheiten die Verteufelung der DDR fortzusetzen und bei den Menschen, vor allem bei der Jugend, jeglichen Gedanken an eine Alternative zum Kapitalismus, dem Sozialismus, zu diskreditieren.

Dazu benutzt man auch die Ereignisse um den 17. Juni 1953 in der DDR, ausgelöst durch Streiks von Bauarbeitern in Berlin und in Folge in einer Reihe von Orten in der DDR auf der Grundlage der Unzufriedenheit und des Unmuts von Bevölkerungsteilen zu den kurz vorher beschlossenen administrativen Maßnahmen der Regierung, die zu Belastungen des Lebensstandards führten, besonders durch die 10 prozentige Anhebung von Arbeitsnormen in Industrie und Bauwesen.

Nun sind Streiks im Kapitalismus ja an der Tagesordnung und nichts Außergewöhnliches, um die Rechte der Werktätigen durchzusetzen. Das Streikrecht war in der Geschichte der Arbeiterbewegung hart erkämpft worden und natürlich auch in der DDR gesetzlich verankert, aber nicht mit Mord, Terror und Brandschatzungen verbunden wie mit den Ereignissen des 17. Juni 1953, die erst unter Einfluß westlicher Geheimdienste, staatlicher Organisationen und Einrichtungen aus Westberlin und der BRD sowie unter der Einschleusung subversiver Kräfte ihren Lauf nahmen, die bei den noch auf DDR-Gebiet verbliebenen Faschisten und sozialismusfeindlichen Personen eine Basis fanden.

Die DDR-Regierung, die aus den Gewinnen volkseigener Betriebe und trotz der Embargo- und Störmaßnahmen der BRD und der westlichen Alliierten schrittweise materielle, soziale, kulturelle und bildungsmäßige Fortschritte und Absicherungen für die Bevölkerung erreicht hatte, war aufgrund der Aggressionspolitik des Westens und der beginnenden Verschärfung des Kalten Krieges zu dieser Zeit gezwungen, enorme Mittel für Verteidigungsmaßnahmen wie den Aufbau der Kasernierten Volkspolizei (KVP), der Verstärkung der Grenzsicherungsanlagen sowie Mittel für weitere Aufrüstungen aufzuwenden, die anderen gesellschaftlichen Bereichen entzogen werden

mußten. Zusammen mit den hohen Reparationsverpflichtungen, die von der DDR für ganz Deutschland entrichtet wurden, kam es zu kaum löslichen Aufgaben, die nur durch Reduzierung und Streckung der Reparationsverpflichtungen und Hilfsmaßnahmen der Sowjetunion möglich werden konnten.

Die zunächst übereilt von der DDR-Regierung gefaßten Beschlüsse zur Lösung der Probleme und ihre administrative Umsetzung führten zu einschneidenden materiellen Einschnitten bei einzelnen Bevölkerungsteilen, so auch bei den Industrie- und Bauarbeitern. Erst durch die mit der Sowjetunion abgestimmten Hilfsmaßnahmen konnten am 9. Juni 1953 die Beschlüsse des neuen Kurses durch das Politbüro des ZK der SED gefaßt und Empfehlungen an den Ministerrat der DDR ausgesprochen werden, Kurskorrekturen vorzunehmen, materielle Belastungsmaßnahmen zurückzunehmen und Festlegungen, die der Bündnispolitik der Arbeiterklasse und ihrer Partei abträglich waren, wieder aufzuheben.

Der von Anfang an gegen die sowjetische Besatzungszone und dann gegen die DDR geführte wirtschaftliche und subversive Krieg war u.a. gekennzeichnet durch:

- Embargomaßnahmen gegen die Lieferung vor allem von Eisen und Steinkohle,
- von Westdeutschland aus betriebene Wirtschaftssabotage, so 1948 in den Textilfabriken in Glauchau-Meerane,
- Brandanschläge unter Einfluß und Organisation des Ostbüros der SPD (u.a. in Neubrandenburg gegen den "Ausschuß für Einheit und gerechten Frieden" und Flugblatt- und Ballonaktionen zur Aufwiegelung der Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone/der DDR,
- in Bernburg im Solvay Prozeß aufgedeckte wirtschaftliche Störmaßnahmen,
- terroristische Planungen und Maßnahmen westlicher Geheimdienstorgane, vor allem der KGU, gegen das Eisenhüttenkombinat Ost in Eisenhüttenstadt (1951: Sprengkabel am Hochhofen), gegen das Ernst-Thälmann-Werk Magdeburg (1950: Sabotage einer Hydraulikpresse), gegen die Filmfabrik Wolfen durch die Agenten Horney. und Groß., sowie die Sprengung von Eisenbahnbrücken und der Saale-Talsperre bei Weimar, Giftanschläge im Schlachthof Leipzig im Jahr 1952 durch den KGU-Agenten Tierarzt Walter Schöbe.,
- unmittelbar kriegsvorbereitende Maßnahmen mit Hinterlegung von Funkgeräten für den Ernstfall in verschiedenen Gebieten der DDR durch westliche Geheimdienste,

Am 17. Juni 1953 sollte nun der erste direkte Versuch unternommen werden, die DDR zu annektieren! Die BRD-Regierung im Verein mit den Westalliierten sahen eine günstige Möglichkeit, die DDR von Westberlin aus aufzurollen, der lange vorher verkündeten „Roll-back Strategie“ zum Durchbruch zu verhelfen.

Als der Ministerrat der DDR am 11. Juni den neuen Kurs verkündete und Korrekturen zur Verbesserung des Lebensstandards einleitete, sahen westliche Regierungsvertreter, imperialistische Geheimdienste und andere subversive Organisationen „ihre Felle davonschwimmen“ und drängten zur Eile, die längst vorbereiteten Pläne und Maßnahmen für den „Tag X“ umzusetzen. Jacob Kaiser, damaliger Bundesminister für „gesamdeutsche Fragen“ erklärte am 24. März 1952:

„Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß der Tag X rascher kommt als die Skeptiker zu hoffen wagen!“

Eiligst reisten Alan Dulles, Leiter der US-Geheimdienste, und seine Schwester Eleonor Dulles, Leiter der Abteilung für deutsche Angelegenheiten im US-Außenministerium am 13. Juni 1953 Hals über Kopf nach Westberlin und auch Adenauers Staatssekretär Dr. Lenz traf in Westberlin ein. Am 14. Juni wurden Gruppen des berüchtigten „Bundes Deutscher Jugend“ mit dem Flugzeug nach Westberlin geflogen. Am 15. Juni traf dort auch US-General Ridgeway ein, bekannt als rücksichtsloser Draufgänger im Kriegseinsatz in Korea. Hunderte BND-Agenten, einschließlich ihrer Agentenfunker in der DDR, wurden mobilisiert.

Unter dem Vorwand einer Dampferpartie von Angehörigen des VEB Industriebau, zu der Agenten aus einzelnen Großbetrieben hinzugezogen wurden, erfolgte die Festsetzung des Streiktermins von Bauarbeitern für den 13. Juni 1953, der Dienstag, 16. Juni 1953, wurde als Termin für die Provokation in Berlin und der 17. Juni und 18. Juni als Termine für Provokationen in Gebieten der DDR bestimmt.

Bei dem Demonstrationzug zum Regierungssitz, damals in der Leipziger Straße, wunderte man sich über die vielen Jugendlichen in den sauberen weißen Maureranzügen, die sich, offensichtlich von Westberlin kommend, immer häufiger in den Demonstrationzug einreihen.

Der später verhaftete erwerbslose Artist und Provokateur Werner Kalkowski gab während seiner Vernehmung zu, vom Hauptmann des amerikanischen Geheimdienstes, Hiwer, in Westberlin Sabotageaufträge erhalten zu haben und erklärte: „Wir erhielten den Auftrag, Regierungsgebäude zu überfallen, Brände zu legen, Läden zu plündern, Volkspolizisten umzulegen und überhaupt, auch mit der Waffe, gegen die DDR-Organen vorzugehen.“ (aus Dokumentation „Der Tag X“, Nationalrat der Nationalen Front...).

Am 16.6.1953 brachten amerikanische Militärlastwagen Benzinflaschen an die Grenze des sowjetischen Sektors. Amerikanische Militärlastwagen brachten am 16. und 17. Juni 53 Personen aus Flüchtlingslagern und Arbeitslose von den Arbeitsämtern zur sowjetischen Sektorengrenze und orientierten sie über Lautsprecher.

Egon Bahr, damals Leiter des Radiosenders RIAS, bekundete später: „Ohne den RIAS hätte es den Aufstand so nicht gegeben.“ (aus E. Bahr: In meiner Zeit, München 1996 S. 75 ff.)

Der US-Hochkommissar Mc Cloy erklärte: „...der RIAS war das geistige und psychologische Zentrum des Widerstandes in einer kommunistisch regierten, abgeschotteten Region.“ (aus

Mc.Cloy an Außenminister Acheson, 24.8.1950 aus Christian Ostermann S 351)

Erna Dorn, ehemalige SS-Kommandöse im Konzentrationslager Ravensbrück, die wegen Mißhandlungen und Erschießungen von 80-90 Häftlingen zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, konnte durch die Erstürmung des Gefängnisses in Halle/Saale gewaltsam befreit werden. Sie wurde in den Führungsstab der Provokateure aufgenommen. Bei ihrer Festnahme fand die Volkspolizei einen Brief an ihren Vater, in dem es heißt: "Es ist so weit, wir ziehen die alten, geliebten SS-Uniformen wieder an."

Erst in den Mittagsstunden des 17.Juni wurden in Berlin und folgend in 167 der 217 Kreise in der DDR in Wahrnehmung der für alle Alliierten geltenden Besatzungsrechte der Ausnahmezustand durch sowjetische Militärkommandanten ausgerufen. Das sowjetische Eingreifen, ihre Präsenz sowie der Einsatz von Einheiten der KVP, der DVP und des MfS zum Schutz politischer und wirtschaftlicher Einrichtungen führte zur raschen Beruhigung der Lage.

Im Zusammenhang mit Terrormaßnahmen, Mord, Brandstiftungen und Verwüstungen gab es 44 Tote, darunter 11 ermordete Parteifunktionäre, und 433 Verletzte, darunter 83 Parteifunktionäre und Polizisten. (aus Diedrich/Hertle: „Die geheimen Chefberichte der Volkspolizei über den 17. Juni“). Der erhoffte zentrale Aufstand aber war in den Anfängen stecken geblieben!

Noch am 18. Juni 1953, als der Umsturzversuch bereits zusammengebrochen war, wurden auf der Autobahn Berlin-Leipzig Lastwagen mit Waffen für Terrorgruppen abgefangen und Beteiligte des Transports festgenommen.

Schwerpunktbetriebe in Sachsen und Sachsen-Anhalt, wie das Hydrierwerk Zeitz, Stickstoffwerk Piesteritz, RAW Stendal, Fritz-Heckert-Werk in Karl Marx-Stadt, das RFT-Funkwerk Leipzig u. v. weitere, beteiligten sich nicht an den Streiks. Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung unterstützte nicht die Provokateure, Plünderer und Kriminellen, die die Situation für ihre Zwecke ausnutzen wollten. Es gab in einer Reihe von Betrieben schon die Arbeiterwehren, die ihre Betriebe und die Aufrechterhaltung der Produktion sicherten (die Vorläufer der später gebildeten Kampfgruppen der Arbeiterklasse).

Die Ereignisse des 17. Juni 1953 waren weder ein Arbeiter- noch ein Volksaufstand.

Arbeiter vernichteten nicht ihre Arbeitsplätze, sie traten damals für verbesserte Lebensbedingungen ein. Nur ca. 5 - 6 Prozent der Werktätigen beteiligten sich an den Streiks und Demonstrationen, die von den sozialismusfeindlichen Kräften und noch verbliebenen Faschisten sowie solchen mit faschistischem Gedankengut in konterrevolutionäre Forderungen umgedeutet wurden. Letztlich gab es auch Menschen, die für den konterrevolutionären Putsch mißbraucht und in Verbrechen hineingezogen wurden. Daher wurde in den Orientierungen zur Strafjustiz bei den Festgenommenen streng nach Rädelsführern, Anstiftern und Irreführten unterschieden.

Auch die Zahlen der Beteiligten und der geographischen Ausbreitung der Streiks sprechen dagegen.

um einen Volksaufstand zu suggerieren zu können. Von ca. 10 000 Gemeinden fanden nur in 272 Orten zeitweilige Arbeitsniederlegungen statt!

Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 können nur richtig bewertet und die Ursachen eingeordnet werden, wenn man die Aggressionspolitik der Westalliierten betrachtet, die ihren Anfang nahm mit dem von US-Präsident Truman schon seit 1944 verfolgten Kurs, den Kommunismus einzudämmen, der sogenannten Fulton-Rede Churchills am 5. März 1946, der vom "Eisernen Vorhang vom baltischen Meer bis Triest an der Adria" redete und den „Roll –back“-Forderungen des John F. Dulles im Jahr 1952, der die sofortige Aktivierung der konterrevolutionären Kräfte in den Ostblockstaaten gefordert hatte sowie der Adenauerschen Bestrebungen zur "Befreiung der Sowjetzone", wie er es nannte, der der Einordnung in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und dann der NATO den Vorzug gab vor einer Zustimmung zu den Vorschlägen der Sowjetunion vom 10. März 1952 und 9. April 1952 für einen Friedensvertrag und freie gesamtdeutsche Wahlen mit Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland.

Damit war die Einheitsperspektive hinfällig geworden und die zwei deutschen Staaten in der Systemauseinandersetzung beider Blocksysteme eingeordnet. Die Aggressionsbestrebungen und subversive Unterwanderungen gegen die DDR und andere Warschauer Vertragsstaaten nahmen immer gefährlichere Züge an. Die Enthüllungen über die „Schlupfwinkel des Verbrechens in Westberlin“ mit mehr als 80 ausländischen und westdeutschen subversiven Agenturen, Treffquartieren und Anlaufstellen (veröffentlicht 7. Juni 1959 Berliner Zeitung) und die am 8. Juli 1960 auf der internationalen Pressekonferenz durch den in die DDR übergetretenen Presseoffizier der Bundeswehr, Bruno Winzer, zu den konkreten Kriegsplanungen und Aufmarschgebieten unter Einbeziehung von Atomwaffeneinsatz bestätigen, daß Westberlin die Funktion zugeordnet war, von dort die DDR aufzurollen, "Lunte am Pulverfass" zu sein und es in Führungskreisen bedauert wurde, den richtigen Zeitpunkt am 17. Juni 1953 verpaßt zu haben. (Bruno Winzer „Soldat in 3 Armeen“)

Die Vorgänge um den 17. Juni 1953 hätten einen Weltkrieg auslösen können. Durch schnelles, konsequentes Handeln der Partei- und Regierungsorgane sowie der Sicherheitskräfte der DDR im Verein mit den Kräften der sowjetischen Besatzungsmacht wurde eine solche Gefahr gebannt.

Alfred Fritz